

Zürcher Verkehrsverbund (ZVV): Abbaupläne

38 Stunden sind genug!

Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) unterstützt die Streichung von Bus- und Tramkursen am Abend, gleichzeitig erhöht er die Preise für die Passagiere und den Druck auf die Verkehrsunternehmen. Die VBZ haben sich bis 2028 zur weiteren Senkung der Personal- und Sachkosten verpflichtet. Wie geht das?

Anfang Oktober haben die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) die Streichung von Kursen angekündigt. Von 20.30 Uhr an verkehren die Fahrzeuge nur noch im 15-Minuten-Takt. Die dünne Personaldecke bzw. die fehlende Gesundheit von Fahrerinnen und Chauffeuren sei der Auslöser für diese einschneidende Massnahme. Das war der Auslöser für den Journalisten Stefan Ehrbar (CH-Media) für eine Recherche, die am 17. Oktober in verschiedenen deutschschweizer Zeitungen erschienen ist.

In Zürich braue sich ein Cocktail aus Fachkräftemangel, Stress, Spardruck und links-grüner Verkehrspolitik zusammen, der noch viele Städte erwarde. Der Journalist sieht in der belastenden Schichtarbeit, den langen Präsenzzeiten, den weiten Arbeitswegen und der hohen Arbeitszeit, aber auch in der Verdichtung der Arbeit, des Verkehrs und anderer Faktoren die Gesundheit der Betroffenen gefährdet. Als Treiber sieht der Journalist den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV), der die Effizienz sowieso erhöhen wolle. Durch die Streichung von Kursen und strenge Sparvorgaben für die Verkehrsunternehmen, die in erster Linie die Mitarbeitenden im Betrieb (Fahrdienst, Garagen- und Depotpersonal) betreffen.

Stefan Ehrbar weist in seinem Artikel auf die Haltung der VPOD-Gewerkschafter hin: Der VPOD sehe in der Politik des ZVV die Hauptursache für den Leistungsabbau bei gleichzeitig steigenden Billettpreisen – nur eine Arbeitszeitreduktion auf höchstens 38 Stunden pro Woche für das städtische Fahrpersonal könne das Problem entschärfen. Ein Vorschlag, den der ZVV-Sprecher Thomas Kellenberger umgehend vom Tisch gewischt hat. Im Vergleich des ZVV sei die VBZ eher teuer, höhere Personalkosten würden die Wirtschaftlichkeit verschlechtern – der ZVV sei von Gesetzes wegen zu wirtschaftlichem Handeln verpflichtet. Der ZVV wisse um die Herausforderungen für die Betriebe, darum bleibe genügend Zeit, um die Kosten weiter zu senken. Die VBZ nehmen die Herausforderung an und haben sich zu weiteren Kostensenkungen verpflichtet. Nur, wie soll das zusammengehen? Massnahmen zur Stärkung der Ressourcen und Resilienz der Mitarbeitenden zu beschliessen und umzusetzen, die einen Beruf ausüben, der zunehmend belastend geworden ist – allein die Fluktuation bei Berufseinsteiger*innen ist alarmierend. Bei sinkenden Kosten. Die VPOD Gewerkschafter*innen setzen sich weiterhin gegen den Leistungsabbau im öV ein und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, damit die Mitarbeitenden endlich dauerhaft und gesund ihren Beruf ausüben können. Der Schutz ihrer Gesundheit ist die wirksamste Massnahme zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Verkehr.

Duri Beer

öV-Verbilligung verzögert sich

Die HRZ-Direktion hat die Personalverbände darüber informiert, dass die Vorlage zu den «Fringe Benefits» (Lohnnebenleistungen) derzeit in Ausarbeitung sei und voraussichtlich per 1. Januar 2025 eingeführt werde. Die Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht müssen entsprechend revidiert werden, was zwingend einen weiteren Vernehmlassungsprozess zur Folge hat und Zeit in Anspruch nimmt. Einbezogen werden wie immer die Departemente, Dienstabteilungen und Personalverbände.

Der Gemeinderat hatte diesen Frühling entschieden, dass die städtischen Mitarbeitenden künftig einen Beitrag von Fr. 600.– pro Jahr und Vollpensum zur Benutzung des öffentlichen Verkehrs erhalten sollen und verbilligt die städtische Infrastruktur in den Bereichen Sport (Badis) und Kultur (Museumskarten) nutzen können. Zu guter Letzt kann jedes der neun Departemente seinen Angestellten weitere «Fringe Benefits» anbieten – zum Beispiel ermässigten Musikunterricht für Angestellte der Musikschule. Diese «dezentralen» Lohnnebenleistungen dürfen maximal Fr. 150.– pro Jahr betragen und werden derzeit

in den Dienstabteilungen ausgearbeitet und festgelegt. Insbesondere die Einführung eines Zone-110-Abos ist ein langjähriges Anliegen des VPOD Zürich, das in der Betriebsgruppe der Wasserversorgung (WVZ) vor rund acht Jahren lanciert wurde. Kolleginnen und Kollegen aus vielen Branchen haben im Herbst 2022 über 1000 Unterschriften für das Begehren gesammelt und sie im Februar 2023 anlässlich einer Aktion dem Gemeinderat übergeben. Darin hatten sie die Erhöhung der Lunch-Checks auf Fr. 1500.– gefordert sowie die Abgabe eines ZVV-Zone-110-Abos ohne private Finanzierung.

Kommentar: Zehn Jahre wird es gedauert haben, bis der Stadtrat die Streichung der Reka-Checks im Jahr 2015 kompensiert und nicht nur etwas für die Attraktivität ihrer Arbeitsplätze, sondern auch für die umweltfreundliche Mobilität ihrer Mitarbeitenden tut. Immer weniger von ihnen finden in der Stadt eine Wohnung und müssen pendeln. In diesem Tempo erreichen wir die klimapolitischen Ziele nicht. Das ist nicht nur ärgerlich, das ist inakzeptabel.

Duri Beer

Stadt Zürich: Budget 2024

Triple AAA

Der Zürcher Stadtrat Daniel Leupi (Grüne) hat kürzlich das Budget 2024 der Stadt Zürich vorgestellt. Er rechnet darin bei einem Aufwand von rund 11 Milliarden Franken mit einem Minus von 175,3 Millionen Franken. Das Eigenkapital beträgt per Ende 2024 1,7 Milliarden Franken. Der Teuerungsausgleich sowie minimale individuelle Lohnmassnahmen für die städtischen Mitarbeitenden sind eingeplant.

Der Mehraufwand für Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals beträgt 125,9 Millionen Franken und ergibt sich im Wesentlichen aus der Schaffung von zusätzlichen Stellenwerten und höherem Aufwand aus den Sammelkrediten für Lohnmassnahmen einschliesslich Teuerung im Städtischen Lohnsystem (SLS). Für das Budget 2024 sind Lohnmassnahmen von 15,8 Millionen Franken sowie ein Sammelkredit für die Teuerung (1,6%) von 30,0 Millionen Franken vorgesehen. Zusammen mit den Arbeitgeberbeiträgen beläuft sich die Summe der Lohnmassnahmen und der Teuerung auf rund 55,1 Millionen Franken – wie der Stadtrat im Budget ausführt.

Das ist wie in den Vorjahren rund 1% der gesamten Lohnsumme, das für individuelle Lohnmassnahmen zur Verfügung steht. Die Teuerung wird

zusätzlich gemäss Februar-Index an die Mitarbeitenden weitergegeben. Der Gemeinderat entscheidet Mitte Dezember in der Budgetdebatte über die Vorschläge des Stadtrats.

Mit der «Triple AAA»-Auszeichnung einer internationalen Finanzagentur, welche die Stadt Zürich kürzlich erhalten hat, der Bestnote für die rot-grüne Finanzplanung, scheinen die Voraussetzungen dafür gegeben zu sein, dass der Gemeinderat die rituellen Diskussionen um Steuersenkungen rasch vom Tisch wischt, die zurückhaltenden Vorschläge des Stadtrats zu den Lohnmassnahmen verbessert und der Prämienexplosion bei den Krankenkassen entsprechend mit speziellen Massnahmen begegnet. Denn diese sind im Index der Konsumentenpreise nicht abgebildet und belasten die rund 30 000 städtischen Mitarbeitenden zusätzlich stark. Die Stärkung ihrer Kaufkraft ist besonders in Zeiten einer schwächelnden Exportwirtschaft aufgrund eines starken Frankens eine notwendige binnenwirtschaftliche Massnahme, welche nur die Parlamente in den Gemeinden und im Kanton Zürich in die Wege leiten können. Vor allem jene, die sich mit einem «Triple AAA» auszeichnen.

Duri Beer

Petition im Sozialbereich

Kinder und Jugendliche schützen

Die Arbeitsbedingungen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe sind prekär. Der VPOD Zürich hat gemeinsam mit der kriso (plattform für kritische soziale arbeit) und Avenir Social eine Petition für gute Arbeitsbedingungen in den Kinder- und Jugendheimen im Kanton Zürich lanciert. Zum Auftakt wurden im Rahmen eines Pyjama-Rundlaufs vor Beginn der Nachtdienste diejenigen besucht, die in den Institutionen diese gesellschaftlich so wichtige Arbeit leisten.

Erzieher*innen sind im Arbeitsgesetz (Art. 3 lit. e ArG) von den Bestimmungen zu den Arbeits- und Ruhezeiten ausgenommen. Dies hat zur Folge, dass für sie unter anderem die Schutzbestimmungen bezüglich Höchstarbeitszeiten, Ruhezeiten, Bereitschaftsdienst, Pausen usw. nicht gelten. Deshalb leisten sie lange Dienste und unbezahlte Nachtpresenz, haben kaum Pausen und müssen enorme Flexibilität bei Dienstverschiebungen beweisen. Die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben ist nicht gewährleistet, ebenso ist ein Vollzeitpensum kaum möglich. Viele Arbeitnehmer*innen verlassen den Bereich ausgebrannt oder erschöpft. Der Druck auf die verbleibenden Fachpersonen steigt. Es stehen weniger Plätze zur Verfügung und die Institutionen suchen händeringend neue Mitarbeiter*innen. Die Leidtragenden sind letztlich die bereits mehrfach belasteten Kinder und Jugendlichen. Dem sogenannten Fachkräftemangel muss mit einer massiven Verbesserung der Arbeitsbedingungen begegnet werden! Mit der Petition werden die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung im Kanton Zürich zum Handeln unter Miteinbezug des Personals aufgefordert.

Gefordert werden insbesondere:

- verbindliche Vorgaben zur Einhaltung von Pausenregelungen inklusive deren Bezahlung, zu maximalen Dienstlängen und verbindlichen Ruhezeiten.
- die Anrechnung vom Bereitschaftsdienst vor Ort («Nachtpikett») als Arbeitszeit.
- eine angemessene Entschädigung für kurzfristiges Einspringen.
- einen fachlich begründeten Betreuungsschlüssel (mindestens 1:4) unter Miteinbezug der Mitarbeiter*innen.
- die Unterstützung von sozialpartnerschaftlich ausgehandelten Regelungen (im Rahmen von GAV).

Martina Flühmann

Die Petition, Bilder zum Pyjama-Rundlauf und weitere Informationen sind hier zu finden:



oder

<https://vpod.ch/campa/zh-kinder-jugendheimen/>

Agenda

Donnerstag, 16. November
Landes-Delegiertenversammlung VPOD/SSP
Locarno

Freitag/Samstag, 17./18. November
Kongress VPOD/SSP
Locarno

Dienstag, 21. November, 9 Uhr
VPOD VBZ Verkehrsbetriebe-Vorstand
Zürich, Bonlieu (Café Boy)

Dienstag, 21. November, 19 Uhr
Neumitglieder-Anlass (bitte anmelden)
Zürich, Volkshaus

Montag, 27. November, 18.30 Uhr
VPOD-Gruppe BTZ
Zürich, Bonlieu (Café Boy)

Dienstag, 28. November, 19 Uhr
Delegiertenversammlung VPOD Region Zürich
Zürich, Bonlieu (Café Boy)

Dienstag, 5. Dezember, 16 Uhr
Sektionsvorstand VPOD Zürich
Zürich, Volkshaus

Mittwoch, 6. Dezember, 14 Uhr
VBZ Veteranen & Pensionierte
Zürich, Volkshaus

Erreichbarkeit des VPOD-Sekretariats unter 044 295 30 00:
Montag–Donnerstag: 9–12 Uhr und 14–16 Uhr
Freitag: 9–12 Uhr

Schaltdienstleistungen (Reka-Checks usw.) sind auf Vereinbarung möglich. Kontaktaufnahme per Telefon oder Mail (info@vpod-zh.ch).

Beratungen finden auf Vereinbarung vor Ort oder am Telefon statt. Anfragen bitte direkt an Person oder an info@vpod-zh.ch.

Für Technik & Handwerk

Richard Ernst verstärkt das VPOD-Regionalsekretariat Zürich seit Oktober in einem Pensum von 80%. Er unterstützt und berät dabei die Mitglieder aus den Bereichen Technik & Handwerk, die bei Grün Stadt Zürich, Entsorgung & Recycling, Wasserversorgung oder für das zw arbeiten. Individuell und kollektiv.

Wo warst du vor deinem Engagement im VPOD?

Vor meinem Engagement beim VPOD habe ich neben einer Ausbildung zum Drucktechniker auch ein Studium in Sportwissenschaften absolviert. Jedoch hat die Arbeit im Handwerk mich schon immer interessiert und fasziniert,

ich habe in vielen Gewerken Einblick erhalten, gerade in der Zeit als Temporär-Arbeitskraft.

Wo hat da der Schuh gedrückt?

Gerade auf den Baustellen und den Betrieben konnte ich miterleben, wie es zu einer Ausreizung der Belastbarkeit von Arbeitnehmern durch die Arbeitgeber gekommen ist. Sei es durch fast schon banale Dinge wie Überstunden anhäufen, Pausenzeiten-Verkürzung oder einfach nur durch falsche Auszahlungen des Lohns am Ende des Monats. All dies führt zu einer Abhängigkeit dem Arbeitgeber gegenüber, mit der man sich neben seinem Arbeitsalltag dann auch noch auseinandersetzen muss. Vor allem bei Menschen mit Migrationshintergrund und/oder Sprachbarriere ist mir aufgefallen, dass es an Wissen fehlt, wo man sich Hilfe holen kann oder an wichtige Informationen kommt. Eine Gewerkschaft kann hierbei eine gute Anlaufstelle sein.

Wer kann sich an dich wenden?

Vorrangig können sich Mitglieder aus den technischen und handwerklichen Berufen bei mir melden, aber auch für alle anderen möchte ich ein offenes Ohr haben.

Wie und wann kann man dich erreichen?

Man kann mich per Mail und demnächst auch telefonisch jeweils ganztags von Montag bis Donnerstag erreichen.

Was sind deine ersten Eindrücke?

Ich habe die erste Aufregung hinter mir gelassen und arbeite mich gerade in die Struktur beim VPOD ein, es gibt viel Neues und es macht mir Spass, alles kennen zu lernen – ich bin motiviert, bald fest in meinen Aufgaben zu stehen. Ich freue mich, dass ich auf ein kompetentes Team mit langjähriger Erfahrung zählen kann, welches sich regelmässig austauscht und updatet. Wir sind also gut aufgestellt, um Lösungsansätze zu finden und umzusetzen.



Richard Ernst im provisorischen VPOD-Sekretariat im Zürcher Volkshaus.

Bild: VPOD Zürich

öV: Forderungen an den Bundesrat

Abbau verhindern

(VPOD, SEV, syndicom) Am Dienstag, 24. Oktober, haben die Gewerkschaften SEV, Syndicom und VPOD den Parlamentsdiensten eine Petition überreicht.

SEV-Rund 6000 Mitarbeitende des öffentlichen Verkehrs fordern von Bundesrat und Parlament, auf Sparmassnahmen beim regionalen Personenverkehr zu verzichten. In Zeiten von Personalmangel und Klimawandel muss der Bund in den öffentlichen Verkehr investieren, statt das Angebot auszudünnen.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements, plant, die Bundesbeiträge für den regionalen Personenverkehr zu kürzen. Konkret sollen regionale Verkehrsunternehmen nächstes Jahr 7,8% oder rund 92 Mio. Franken weniger erhalten. Das ist nicht einmalig, sondern die Sparübung will der Bundesrat auch in den folgenden Jahren fortsetzen. Auf dem Spiel stehen weitere 20 bis 30 Mio. Franken pro Jahr. Mit der eingereichten Petition fordern die Gewerkschaften des Verkehrspersonals das Parlament auf, die Sparpläne des Bundesrates bei der anstehenden Budgetdebatte zu streichen.

Die Folgen tragen würden die Kantone und die Verkehrsbetriebe. «Wir müssen mit einem Leistungsabbau beim Regionalverkehr rechnen. Das heisst, der Fahrplan könnte ausgedünnt werden. Gewisse Ortschaften würden nicht mehr mit dem öffentlichen Verkehr bedient. Und natürlich wird das Personal den ganzen Schlamassel ausbaden müssen», sagt SEV-Vizepräsident Christian Fankhauser. «Schon heute sind viele Mitarbeitende am Anschlag. Müssten die Unternehmen Personal abbauen, würde der Druck auf das verbliebene Personal zusätzlich steigen. Längere Dienste, Verzicht auf freie Tage usw. sind nicht ausgeschlossen.» Eigentlich braucht es im Moment dringend mehr Personal, nicht weniger.

Nicht nur fürs Personal sind Kürzungen beim regionalen Personenverkehr schlecht, sondern auch für die Zukunft des öffentlichen Verkehrs und für die Klimapolitik der Schweiz. Das neue Klimaschutzgesetz verlangt eine Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2050 auf netto null. Eine Möglichkeit, das ambitionierte Ziel zu erreichen, ist, auf emissionsarmen öffentlichen Verkehr zu setzen und den Busverkehr weiter zu dekarbonisieren. Folglich ist es absurd, zu sparen und mit diesen Massnahmen den öffentlichen Verkehr zusätzlich zu verteuern.



«Jetzt geht's ums Ganze!»

«Länger arbeiten für weniger Rente?» Die kommenden Monate werden entscheiden: Gelingt uns ein kleiner, aber wichtiger Schritt in Richtung sozialere Altersvorsorge mit einer 13. AHV-Rente oder setzen sich die gefährlichen Angriffe auf unsere Renten durch? Die Banken und Arbeitgeber drohen mit Rentenalter 67 und einem weiteren Abbau der Pensionskassen-Renten. Drei Vorlagen kommen im März und Juni 2024 zur Abstimmung.

Die AHV ist heute klar zu tief, die mittlere AHV-Rente beträgt knapp 1800 Franken pro Monat. Die Rentenlücke wird zunehmend besorgniserregend, und die steigenden Lebenshaltungskosten verschärfen das Problem. Für 90 Prozent der Erwerbstätigen lohnt sich eine Stärkung der AHV, deshalb wird der SGB sich mit voller Kraft für seine Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente einsetzen.

Mit der geplanten Senkung der Pensionskassen-Renten will das Parlament die Misere der 2. Säule noch verstärken: Mehr bezahlen – für weniger Rente. Gemeinsam haben wir über 140 000 Unterschriften gegen diese Reform gesammelt, jetzt müssen wir sie an der Urne stoppen.

Besonders prekär ist die Situation der Frauen in der Altersvorsorge. Sie erhalten noch immer ein Drittel weniger Rente als Männer. Vor einem Jahr hat man den Frauen versprochen: Wenn sie gleich lange arbeiten wie die Männer, dann sollen dafür ihre Renten steigen. Jetzt zeigt sich das Gegenteil: Statt die Rentenlücke der Frauen zu beseitigen, sind weitere Verschlechterungen geplant.

Gabriela Medici (SGB) konzentriert sich in diesem Referat auf den **aktuellen Stand in der Altersvorsorge und die bevorstehenden Abstimmungskämpfe** und diskutiert mit uns die Umsetzung der Abstimmungskampagne.

Referat Gabriela Medici, Zentralsekretärin Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)
Dienstag, 28. November 2023, 19.30 Uhr
Bonlieu (Café Boy), Rosa-Luxemburg-Saal,
Kochstrasse 2, 8004 Zürich

VPOD Region Zürich

Die Platzzahl ist limitiert. Wir bitten dich bis spätestens 13. November 2023 um Anmeldung an info@vpod-zh.ch.

GAV Behindertentransport: Lohnverhandlungen

Preise rauf? Löhne rauf!

Die VPOD-Gruppe bei der Stiftung Behinderten-Transporte Zürich (BTZ) hat ihre Anträge zur Lohnrunde 2024 beim Stiftungsrat eingereicht. «Die Mitglieder des VPOD legen mit Blick auf den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) den Fokus auf die städtischen Lohnmassnahmen, die der Stadtrat am 26. September veröffentlicht hat. Sowohl das Volumen wie auch der Verteilungsschlüssel zwischen individuellen Lohnerhöhungen und Einmalprämien sollen sich am Budget der Stadt Zürich orientieren. Entsprechend beantragen wir folgende Eckwerte:

- Der Teuerungsausgleich gemäss Februar-Index wird ausgerichtet
- Für individuelle Lohnmassnahmen stehen mindestens 1,2% der Lohnsumme zur Verfügung
- Der Verteilungsschlüssel zwischen individuellen Lohnerhöhungen und Einmalprämien beträgt mindestens 75:25 bzw. 80:20 (gemäss definitivem Schlüssel der Stadt)

- Die nutzbare Erfahrung im Teamvergleich soll bei der individuellen Lohnfestsetzung angemessen berücksichtigt werden»

Die Gewerkschafter*innen schlagen dem Stiftungsrat vor, diesen Grundsatz die nächsten drei Jahre so anzuwenden. Im Gegensatz wären sie dazu bereit, für diese Phase den Maximallohn für den Fahrdienst auf Fr. 6865.– (Stand 2023 Maximallohn FS5 gemäss SLS) zu beschränken und Artikel 10.8 GAV extensiv auszulegen, worin gewisse Vorgaben zur Lohnverteilung innerhalb des ganzen Betriebs festgelegt sind.

Die Gewerkschafter*innen haben ihre Bereitschaft zum Eintreten in die Diskussion um die Revision des Gesamtarbeitsvertrags (GAV, Stand 2011) von einer Einigung bei den Lohnverhandlungen gekoppelt. Am Montag, 27. November, findet die nächste Versammlung der VPOD-Gruppe statt, bis Ende Januar soll feststehen, ob eine Einigung erzielt wurde.

Duri Beer

SGB-Blog: Daniel Lampart

Mehr finanzieller Support

Wo sind die Preise am stärksten gestiegen – bei den Spitälern, den Restaurants oder den Sportveranstaltungen?

Kleine Wissensfrage: Wo sind die Preise in den letzten Jahren am stärksten gestiegen – bei den Spitalaufenthalten, den Restaurantbesuchen oder den Sportveranstaltungen? Zugegeben: Die Preise von Spitalaufenthalten, Restaurantbesuchen und Sportveranstaltungen zu vergleichen, liegt nicht gerade auf der Hand. Aber es kann vielleicht helfen, im Gesundheitswesen die echten Probleme besser von den Scheinproblemen zu unterscheiden.

Doch eins nach dem anderen: Der zweite Krankenkassen-Prämienchock in Serie von 8,7% hat kaum jemanden unberührt gelassen. Die Medien waren voll mit Experten, von denen jeder andere Lösungsvorschläge präsentierte. Immer wieder wurde auch mehr «Wettbewerb» gefordert, damit die Preise und mit ihnen die Kosten sinken würden.

Doch die Preise sind im Gesundheitswesen das geringste Problem. Im Gegenteil: Die Preise von Gesundheitsdienstleistungen gehen seit vielen Jahren zurück. Vor allem, weil der Bund die Medikamentenpreise politisch gesenkt hat. Aber auch die Spitalaufenthalte werden günstiger, im Unterschied zu den Preisen fürs Restaurant oder für Sportveranstaltungen. Der Spardruck hat hier seine Spuren hinterlassen. Auch auf Kosten des Personals. Die Reallöhne im Gesundheits- und Sozialwesen sind gesunken und liegen heute auf dem Niveau von 2015.

Warum steigen die Krankenkassenprämien denn, wenn die Preise im Gesundheitswesen sinken? Die ökonomische Antwort ist zunächst

banal. Die Kosten steigen, weil die Mengen zunehmen. Es werden mehr und vor allem auch bessere Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch genommen.

Ein Grund dafür ist der medizinische Fortschritt: Dieser ist nach wie vor beachtlich. Viele Krankheiten sind heute heilbar oder zumindest kontrollierbar. Heute sterben viel weniger Menschen unter 65 an Herzkrankheiten als im Jahr 2000. Auch Brust- oder Prostatakrebs führen viel weniger häufig zum Tod. Diese neuen, besseren Behandlungen sind zum Teil aufwendiger als früher. Das heisst, man kriegt quasi mehr fürs Geld.

Ein anderer Grund ist aber auch die «Überversorgung»: Spezialärztinnen und -ärzte nehmen teilweise unnötige Behandlungen vor. Der Klassiker sind Knieoperationen. Ein grosser Teil der Kniebeschwerden kann mit konservativen Methoden wie Physiotherapie erfolgreich behandelt werden. Trotzdem gibt es nach wie vor zu viele Operationen. Diesen Missstand kann man mit mehr «Wettbewerb» nicht beseitigen. Im Gegenteil: Hier braucht es vor allem mehr Kontrolle und Steuerung, damit die Kosten sinken. Für die meisten Leute ist die Gesundheit und die gute medizinische Versorgung sehr wichtig. Es wäre deshalb falsch, das gute Gesundheitswesen kaputt zu sparen. Was die Schweiz braucht, ist vor allem eine gerechte Finanzierung. Es gibt kein anderes Land in Europa, in dem der Koch und der Multimillionär gleich viel für die Krankenversicherung zahlen. Die Kopf-Prämien sind eine Schweizer Fehlkonstruktion. Deshalb braucht es nun prioritär mehr Prämienverbilligungen. Längerfristig führt kein Weg an Einkommensabhängigen Prämien vorbei.

Bild: VPOD Zürich